

Kampfjet-Kauf: Parmelins Strategie vor dem Scheitern

FDP und CVP zerpfücken den Plan, dem Volk ein acht Milliarden teures Gesamtpaket zur Erneuerung der Luftabwehr vorzulegen

Andreas Schmid

Er hoffe, Verteidigungsminister Guy Parmelin habe einen Plan B in der Schublade, sagt der Urner CVP-Ständerat Isidor Baumann. Er bezieht sich auf die Absicht des Bundesrats zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge sowie eines Systems für die bodengestützte Luftverteidigung (Bodluv). Mit einem sogenannten Planungsbeschluss will Parmelin ein acht Milliarden Franken teures Gesamtpaket für die beiden Kaufvorhaben im Parlament durchbringen. Die Gegner könnten das Referendum ergreifen und eine Volksabstimmung erwirken. Bereits jetzt, während die Vernehmlassung zum Planungsbeschluss läuft, wird Kritik am Vorhaben laut. Was Parmelin bei seiner bisher grössten Aufgabe im Amt beunruhigen muss: Diese kommt nicht nur von linker Seite, sondern auch aus den bürgerlichen Parteien CVP und FDP.

Wie sein Parteipräsident Gerhard Pfister, der eine Trennung von Kampfjet- und Bodluv-Beschaffung fordert, zweifelt auch Ständerat Baumann am bundesrätlichen Vorschlag: «Dieser wird kaum eine Mehrheit finden.» Baumann schlägt vor, das Militärgesetz anzupassen, um die Milliardenbeschaffungen zu realisieren. Parmelin müsse nun schnell auf die klaren Signale reagieren und einen neuen Weg suchen, fordert der Ständerat.

Meinung geändert

Die Luzerner Nationalrätin Ida Glanzmann stimmt ihrem Parteikollegen zu: «Der Planungsbeschluss mit Verknüpfung von Kampfjet- und Bodluv-Kauf droht in einer Volksabstimmung zu scheitern.» Sie habe das Vorgehen zuerst unterstützt, nun hätten ihr aber Rückmeldungen aus der Bevölkerung gezeigt, dass ein acht Milliarden Franken teures Paket kaum Zustimmung finden könne, sagt die CVP-Vizepräsidentin.

Auch für den freisinnigen Zuger Ständerat Joachim Eder ist Parmelins Strategie zu wenig erfolgversprechend. Die Kopplung von Kampfjet- und Bodluv-Kauf entspreche einer Hochrisikostategie. «Dieses (Alles oder nichts) erachte ich als unangebracht», sagt der Sicherheitspolitiker.

Ebenso kritisch zum Planungsbeschluss mit verknüpften Vorhaben äussert sich die Aargauer

FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger. Sie plädiert dafür, die Kampfjets über ein ordentliches Rüstungsprogramm ohne Volksabstimmung zu erwerben. Trotz Skepsis gegenüber Parmelins Strategie: Eichenberger betont, dass die FDP unbedingt neue Kampfflugzeuge wolle.

Am 10. September wird der Vorstand der Freisinnigen darüber befinden, wie sich die Partei in der Vernehmlassung zum Planungsbeschluss – diese dauert



PETER SCHNEIDER / KEVSTONE

Guy Parmelin: Plan B ist gefragt.

noch bis zum 22. September – positionieren wird.

Der bürgerliche Widerstand gegen den eingeschlagenen Weg empört Stefan Holenstein, den Präsidenten der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG). In einem Interview mit der «Schweiz am Wochenende» übt er heftige Kritik an CVP und FDP. Zur «NZZ am Sonntag» sagt er: «Dass wir es nun ausgerechnet mit einem solchen Widerstand mit Armeebefürwortern aus den eigenen Reihen zu tun bekommen, ärgert mich», sagt Holenstein. Er sei deshalb «stocksauer».

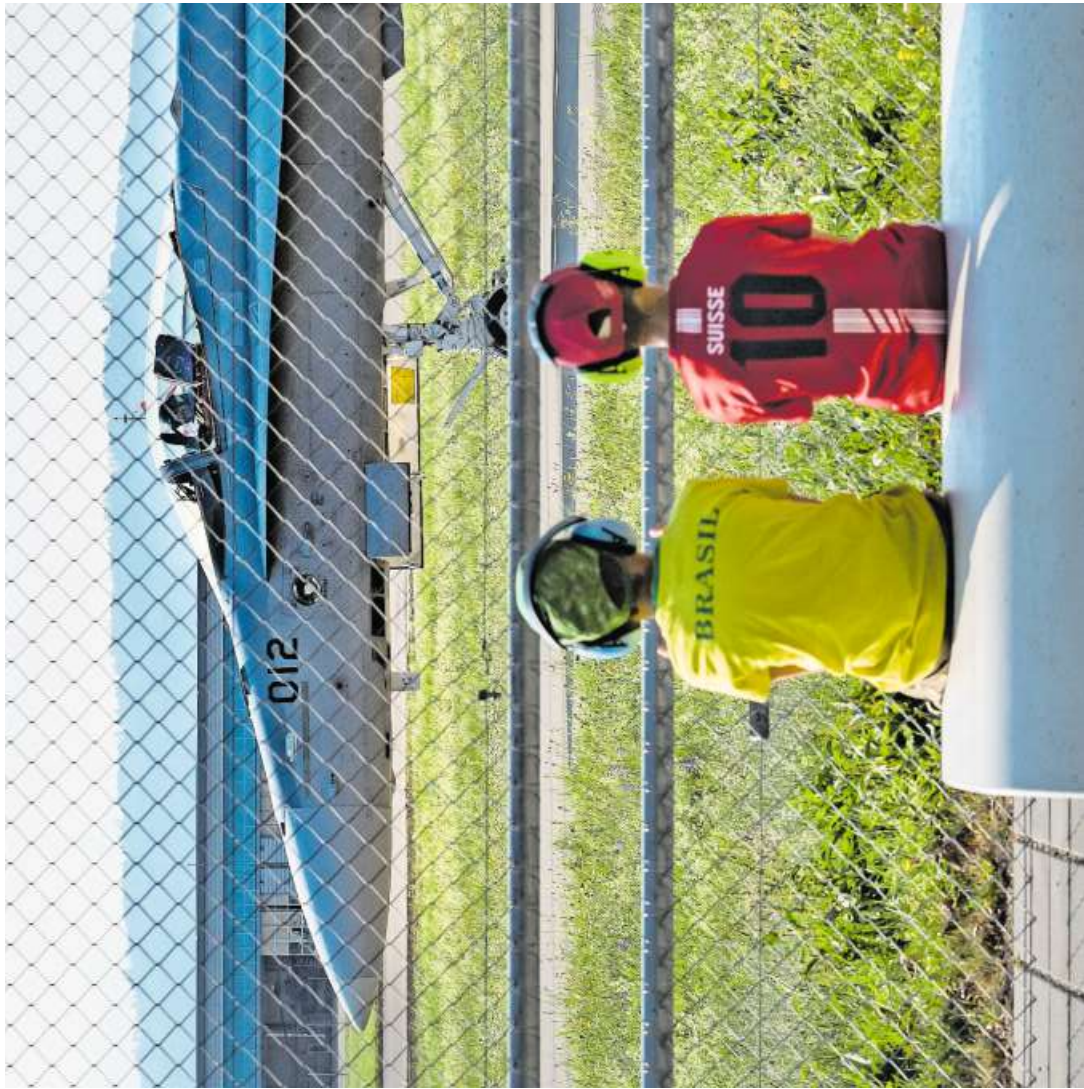
Bisher habe die SOG auf die bürgerlichen Mitteparteien zählen können, doch mit formalistischen Argumenten seien FDP und CVP nun auf dem Weg, den Planungsbeschluss zu beerdigen. «Damit gehen sie unheilige Allianzen mit den Linken ein.» Die Gründe für die Ablehnung des

Planungsbeschlusses seien zwar unterschiedlich, das Ergebnis bleibe aber dasselbe, betont Holenstein: «Die Beschaffungen einer zeitgemässen Luftabwehr und neuer Kampfjets drohen damit in weite Ferne zu rücken.»

Lachende Dritte

Gelegen kommt der Zwiist jenen, die das Milliardenvorhaben grundsätzlich infrage stellen. In der SP etwa lacht man sich ob des Streits auf der anderen Seite ins Fäustchen. «Der Partei ist das acht Milliarden Franken kostende Paket viel zu teuer», sagt die Zürcher Nationalrätin Priska Seiler Graf. Zudem kaufe man durch die Verknüpfung der zwei Vorhaben die Katze im Sack.

Support erhält Parmelin immerhin von seiner eigenen Partei, der SVP. Deren Spitze und die Sicherheitspolitiker stellen sich hinter den Planungsbeschluss.



JEAN-CHRISTOPHE BOTT / KEVSTONE

Die F/A-18 soll in einigen Jahren durch neue Kampfjets ersetzt werden. (Payerne, 3. August 2018)



Die Notaufnahme des Inselspitals in Bern. (24. Oktober 2017)

Privatspitäler fordern Wettbewerb

Die Kantone hielten defizitäre Spitäler mit Subventionen am Leben. So lautet die Kritik des Verbands der Privatspitäler.

Andrea Kučera

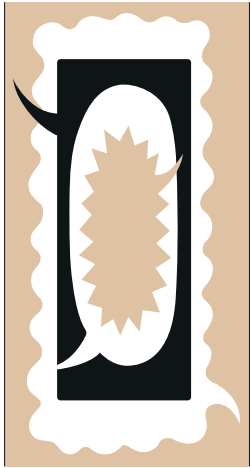
Es sei ein Skandal auf hohem Niveau, sagt der Verband der Privatkliniken Schweiz (PKS): Der Wettbewerb im Spitalwesen spiele nicht, obwohl dies von Gesetzes wegen seit Inkrafttreten der neuen Spitalfinanzierung 2012 vorgesehen wäre. Konkret wirft der Verband den Kantonen vor, die Privatkliniken würden gegenüber den öffentlichen Spitälern diskriminiert, weil die Kantone «offenen und verdeckten» Subventionen unterstützten und diesen somit einen Wettbewerbsvorteil verschafften. Um diese Finanzflüsse aufzuzeigen, haben die Privatspitäler zum dritten Mal in Folge von der Universität Basel eine Studie erstellen lassen, die der «NZZ am Sonntag» vorliegt.

Gesundheitsökonom Stefan Felder kommt im neuesten Gutachten zum Schluss, insgesamt seien 2016 in Form von Subventionen 2,3 Milliarden Franken von den Kantonen zu den öffentlichen Spitälern geflossen. Für 2015 hat Felder einen Betrag von 2,7 Milliarden Franken ermittelt. Der Hauptanteil dieser Gelder entfällt auf sogenannte gemeinwirtschaftliche Leistungen. Das sind Beiträge an die Allgemeinheit wie etwa Lehre und Forschung, die vor allem von den öffentlichen Spitälern (Stichwort Universitätsspitäler) erbracht werden. Für ihren Aufwand werden diese Einrichtungen durch die Kantone entschädigt. Die öffentlichen Gelder für Lehre und Forschung werden von den Privaten denn auch nicht gross infrage gestellt. Der Verband PKS moniert aber, es gebe eine Vielzahl weiterer Leistungen wie etwa die Spi-

talseelsorge oder den Notfalldienst, die kaum je ausgeschriebenen, sondern auf intransparente Weise den öffentlichen Einrichtungen zugeschanzt würden. Zudem unterstützten die Kantone dem öffentlichen Spitälern, indem sie ihnen Immobilien unter dem Marktpreis zur Verfügung stellten. Nicht zuletzt finden die Privatspitäler es stossend, dass zum Teil aus regionalpolitischen Gründen Überkapazitäten mit Steuergeldern aufrechterhalten werden. Im Klartext: «Gewisse Kantone decken das Defizit eines öffentlichen Regionalspitals, damit dieses nicht schliessen muss», kritisiert Guido Schommer Generalsekretär des PKS.

Michael Jordi, Zentralsekretär der Gesundheitsdirektorenkonferenz, räumt ein, dass die Strukturbereinigung in der Spitallandschaft aus regionalpolitischen Gründen gebremst werde. Auch er ist der Meinung, es gebe in der Schweiz zu viele Spitäler. Doch könne man schwerlich etwas dagegen einwenden, wenn die Bevölkerung an der Urne entscheide, ein Spital dürfe nicht geschlossen werden. So geschehen etwa vor einhalb Jahren in La Chaux-de-Fonds. «So funktioniert Demokratie», sagt Jordi. Im Übrigen schreite die Konsolidierung durchaus voran, sagt er. Ein Blick in die Statistik zeigt: Seit 2000 ist die Zahl der Akutspitäler schweizweit von 184 auf 102 zurückgegangen. Den Vorwurf der Intransparenz bei den Finanzflüssen weist Jordi zurück. Die Kriterien der Kantone zur Wirtschaftlichkeitsprüfung ihrer Spitäler seien für alle einsehbar.

Einig sind sich Privatspitäler und Kantone, dass der Anstieg der Gesundheitskosten gebremst werden muss. In einer seiner nächsten Sitzungen will der Bundesrat das erste entsprechende Massnahmenpaket in die Ver-



Showdown

Francesco Benini

D a hatten wir die Tradition der Zeitumstellung lieb gewonnen. Ende Oktober waren wir um zwei Uhr in der Nacht aufgestanden und hatten alle Uhren im Haushalt um eine Stunde vor-gestellt – oder doch zurück? Man war sich nie sicher. Den Kühnen wird auf jeden Fall die Milch in den Eutern sauer, wenn sie nicht

wissen, wann sie gemolken werden. Der Bauer kommt um sechs Uhr in den Stall, doch ist es erst fünf. Und das alles wegen Jean-Claude Juncker. Der Präsident der EU-Kommission will sich kurz vor dem Ablauf seiner Amtszeit ein Denkmal setzen, indem er die Zeitumstellung eliminiert. Auch ohne solche Manöver geht er vielen auf den Zeiger. Der Eidgenossenschaft wird nichts anderes übrig bleiben, als die temporale Mutation autonom nachzuvollziehen. Wobei der Gewerkschaftsbund eine Ausnahmeregelung aushandelt. Paul Rechsteiner wird, unbeeinflusst von Sommer- oder Winterzeit, nicht altern. Der St. Galler Ständerat sieht immer gleich aus. Er wurde 1986 zum ersten Mal ins Bundesparlament gewählt und hat sich seither äusserlich nicht verändert. Rechsteiner ist gerade 66 geworden; er wurde im gleichen Jahr geboren wie sein Gegenspieler, Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Wer käme auf die Idee, dass die beiden gleich alt sind? Badet das Direktorium des Gewerk-

schaftsbundes jeden Morgen in Ziegenmilch? Legen sich die Gewerkschafter vor Verhandlungsrunden mit den Arbeitgeberern eine Honigmassage? Man weiss es nicht. Die Konsumenten geben Milliarden aus für Mittelchen, die den Alterungsprozess verzögern sollen. Dann stellen sie ermutigt fest, dass kakao-haltige Pasten herzlich wenig zur Reduktion von Augenfalten beitragen. Das Einzige, was wirklich jung hält, ist der Kampf für den Lohnschutz. Paul Rechsteiner wird für weitere 34 Amtsperioden in Bern kandidieren. Und er wird auf seinen Wahlplakaten jedes Mal die gleiche Aufnahme verwenden.

Die Sommer werden ins Land ziehen und die Winter auch. Jean-Claude Juncker schraubt an den Zeitmessern herum, im Eidgenössischen Institut für Metrologie schlagen die Experten Purzelbäume, nur Paul Rechsteiner sorgt für Kontinuität. Warum soll sich an den flankierenden Massnahmen etwas ändern, wenn er selber jeglichem Wandel abhold ist?

Dem ewigen Paul ist die Zeitumstellung egal